

Abonnementpreise: Jährlich 6 Thlr. — Ngr. in Sachsen... Im Auslande tritt Post- und Stempelzuschlag hinzu.

Dresdner Journal.

Verantwortlicher Redacteur: J. G. Hartmann.

Verlagsannahme auswärts: Leipzig: F. A. BRUNNEN, Commissionär des Dresdner Journals; ebenda: H. ENGLER, E. LIGER, Hamburg-Altona: HAASER & VOLLER, Berlin: GROPIUS & SACHS...

Nichtamtlicher Theil.

Uebersicht.

Telegraphische Nachrichten. Berlin, Dienstag, 14. Juli. Ein aus St. Petersburg hier eingetroffener Privatbrief meldet aus angeblich guter Quelle, die Reise der Kaiserin von Russland (nach der Krim) sei aus politischen Gründen aufgeschoben...

Telegraphische Nachrichten.

Berlin, Dienstag, 14. Juli. Ein aus St. Petersburg hier eingetroffener Privatbrief meldet aus angeblich guter Quelle, die Reise der Kaiserin von Russland (nach der Krim) sei aus politischen Gründen aufgeschoben... Der würde eine große Verantwortung auf sich nehmen, der so ernüchtert und berechtigten Bemühungen ein Hinderniß in den Weg stellt.

Feuilleton.

Literatur. „Die gegenwärtige Aufgabe der Wissenschaft der Nationalökonomie.“ Unter diesem Titel giebt Bruno Hildebrand in den ersten Hefen seiner „Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik“ eine Art Programmartikel, der in seinen Worten wie in seinen Zielpunkten gewiß vollkommen berechtigt ist, in der Ausführung aber eben jenes, auch von uns empfohlene Unternehmen leicht den Schein einer Leberlei verbreiten könnte...

wortung auf sich nehmen, der so ernüchtert und berechtigten Bemühungen ein Hinderniß in den Weg stellt.

London, Montag, 13. Juli, Nachts. In der heutigen Sitzung des Oberhauses demontirte Carl Russell die vom „Observer“ gebrachte Nachricht, daß die Canalstorte in der Ostsee freigegeben solle. Hierauf begann das Haus die Debatte über Polen. Die Lords Grey und Derby verdammen jede Einmischung. Carl Russell sagt, es liege kein Casus zu einer bewaffneten Intervention vor, die diplomatische Intervention aber werde keinen Krieg herbeiführen...

Im Unterhause wird die Polendebatte nächsten Montag stattfinden. Koebach hat seinen Antrag bezüglich einer Debatte über Amerika zurückgezogen.

Warschau, Dienstag, 14. Juli. Infolge der Beurteilung des Grafen Wielopolski wurde General Berg in den Administrationsrath des Königreichs Polen berufen, in welchem er während einer Abwesenheit des Großfürsten-Statthalters den Vorsitz zu führen hat.

Bon der der polnischen Grenze, Montag, 13. Juli. Es ist in allen Kirchen Warschaws ein Protest gegen die Verkastung des Erzbischofs Melinski verlesen worden. Sein Stellvertreter Kowalski hat aus eigenem Antriebe seine Funktionen niedergelegt. Es ist Kirchenrat für das Königreich verordnet und das Glockengeläute hat demzufolge bereits aufgehört. Nachts haben Verkastungen von Geistlichen stattgefunden.

Dresden, 14. Juli.

Wir hatten in Nr. 154 unser Blatt die von dem sächsischen Bevollmächtigten bei der Generalconferenz zu München vom 5. vorigen Monats abgegebene Erklärung mitgetheilt. Die „Wiener Abendpost“ (Beilage zur „Wiener Zeitung“) findet sich dadurch zu nachstehenden Bemerkungen veranlaßt: Die Erklärung ist ein charakteristisches Beispiel für die laizistische und unentschiedene Haltung, welche die sächsische Regierung in der Frage von Anhang an Deutschland hat. Es scheint, als ob sie bereit wäre, Alles gleichgültig zu acceptiren, die österreichischen Vorschläge mit den preussisch-französischen Vorschlägen eines vorübergehenden vorläufigen Traktats und die Anerkennung des Zollvereins auf der alten Basis. Trotz der wiederholten Andeutungen der österreichischen Regierung, auf Grundlage des principiell angenommenen österreichischen Vertrags nicht weiter voranzutreten, giebt sie sich doch der Hoffnung hin, jene weitgehende Uebersetzung in dem Bereiche mit Österreich eingehen zu können, ohne jenen Vertrag dafür „erklären“ zu müssen, und erklärt sich deshalb bereit, die österreichischen Vorschläge zu discutiren.

„Aber auch hier wieder will sie nur den Zweck und nicht die Mittel. Sollte bei der gegenwärtigen Generalconferenz eine Uebereinkunft der Anhang nicht erzielt werden, so liegt doch über die Meinung nach noch immer kein Anhang zu bevorstehenden Verhandlungen vor, die sich nicht weiter genähert zu erklären, daß sie sich bei den Verhandlungen der Generalconferenz folgenden Separatverhandlungen nicht betheiligen werden.“ Es scheint, die sächsische Regierung hat sich die Geschichte der Entstehung des Zollvereins nicht sehr vor Augen gehalten, als sie so kurzweg über den Kern der bayerischen Vorschläge, nach der sie gemacht worden, abtrat. Der Schlüssel scheint übrigens indirect zu bestehen, daß die bayerische Erklärung von der Forderung vom 18. Juni in der That nicht an Sachsin gelehrt sind. Wenigstens läßt Bayern, das sich damit an die betrauten Regierungen gemeldet hat; nach dieser bestimmten Erklärung keine Uebersetzung geben, die sich...

hische Regierung in den Kreis der zu Verhandlungen aufzufordernden Zollvereinsstaaten mit heranzuziehen.“

Wir waren bisher der Meinung, daß die Generalconferenz Sache des Zollvereins seien, und könnten wohl uns mit der Frage begnügen, wie die „Wiener Zeitung“ es schon ist, oder vielleicht besser, weil sie einen officiellen Charakter hat, dazu kommt, die Erklärung einer holländischen Regierung auf der Generalconferenz einer tabulären Kritik zu unterwerfen. Allein wir ziehen vor, die Provocation der „Wiener Zeitung“ aufzunehmen und uns mit derselben recht offen auszusprechen.

Ehe wir jedoch auf eine Beleuchtung dieser Auslassung eingehen, wollen wir zunächst daran erinnern, daß österreichische Blätter, einschließlich der inmittelst entschlossenen „Donauzeitung“, seit Jahresfrist sich über die Haltung Sachsen in der Zoll- und Handelsfrage wiederholt in heftigen, zumweilen sogar heftigen Ausfällen ergangen, und daß wir unersetzlich dieselben stets unverändert gelassen haben. Es scheint diese Zurückhaltung, wenigstens bei der „Wiener Zeitung“, die gehoffte Würdigung nicht zu finden, und bei der Stellung, welche dieses Blatt einnimmt, dürfen wir freilich einen von ihr ausgehenden Angriff um so weniger mit Stillschweigen übergehen.

Die gedachte Erklärung des sächsischen Bevollmächtigten nimmt Bezug auf den bereits in den diesseitigen Notizen vom 21. August vorigen Jahres, sowohl Österreich, als Preußen gegenüber, ausgesprochenen Wunsch einer Inbetraftung der österreichischen Vorschläge vom 10. Juli v. J. und giebt, allerdings unter Hinweisung auf die gegen die Competenz der Generalconferenz hierzu auch der diesseitigen Regierung beizugehenden Bedenken, welche — beläufig erwähnt — hierseits sowohl im Laufe des vorigen Winters ausführlich dargestellt wurden, die entschiedene Ansicht zu erkennen, daß der Zollverein sich, auf Grund des Vertrags vom 19. Februar 1853, einer weiteren Verhandlung mit Österreich, die sich zugleich auf jene Vorschläge zu erstrecken hätte, nicht entziehen könne.

Jeder Unbefangene wird begreifen, daß hierin Nichts liegt, was auf österreichischer Seite eine Bestimmung hervorgerufen sein mag, im Gegentheil wird man anzuerkennen haben, daß die sächsische Regierung der dauerlichen Aufforderung, über die österreichischen Vorschläge vom 10. Juli v. J. zu verhandeln, nicht bereitwilliger entsprechen konnte. Es liegt daher auf der Hand, daß die etwas überflüssige Auslassung der „Wiener Zeitung“ allein durch den Schlußsatz der sächsischen Erklärung hervorgerufen worden ist, dessen Wortlaut wir nachstehend wiederholen. „Die königl. sächsische Regierung erklärt sich daher zur Theilnahme an solchen, von Preußen, Bayern und Sachsen zu führenden Verhandlungen mit Österreich hinsichtlich der Zoll- und Handelsfrage ein Uebereinkommen der Generalconferenz ein Uebereinkommen der Generalconferenz nicht zu errichten (sic) bereit, für den einen oder den andern Theil der dort vertretenen Staaten bereits ein Anhang zu diesem Uebereinkommen vorhanden sei, läßt sich vielmehr für verpflichtet, schon jetzt offen zu erklären, daß, wenn in diesem Sinne demnach von der einen oder der andern Seite Verhandlungen werden sollte, sie sich an solchen Verhandlungen nicht betheiligen würde.“

Hätte Sachsen nicht auf diese Weise im Voraus offen und ehrlich erklärt, an Separatverhandlungen, die nicht unter sämtlichen Zollvereinsstaaten, sondern nur unter einem Theile derselben geführt werden sollten, nicht Theil nehmen zu wollen; befände es sich im Gegentheil unter denjenigen Regierungen, welche der bayerischen Einladung vom 18. Juni Folge zu geben sich bereit erklärt haben, so würde sicherlich die „Wiener Zeitung“, anstatt der sächsischen Regierung den Vorwurf einer „laizistischen und unentschiedenen Haltung“ zu machen, ein Verwurf, der gerade alsdann in vollem Maße ein verdienter sein würde, des Lobes und der Anerkennung für Sachsen voll sein. Es ist also umgekehrt das Entscheidende an der sächsischen Erklärung, was der „Wiener Zeitung“ so sehr mißfällt, und diesen ihr so mißliebigen Charakter erkennt sie selbst einige Zeilen weiter an, indem sie...

punkt der ganzen Nationalökonomie in der Lehre vom Preise. Aber „die auf Beobachtung des Lebens gestützte Naturbeschreibung“ der Production und Consumption, lehrt sie uns wirklich keine andere, als naturgeschichtliche Wahrheiten?

Hildebrand fürchtet, daß durch Anerkennung von wirtschaftlichen Naturgesetzen jede Höhe des Arbeitslohnes „gerechtfertigt“, daß der Fabrikant danach „im Rechte“ sein werde, wenn er den Lohn des Fabrikarbeiters nach Kräften herabzudrücken suche. Aber seit wann entsteht aus Naturgesetzen „Recht“? Die Naturgeschichte hat Nichts zu rechtfertigen, sie hat bloß zu erklären, und der Nachweis der wirtschaftlichen Ursachen, welche diese oder jene Erscheinung möglich oder unmöglich machen, ist so wenig eine rechtfertigende Kritik des damit arbeitenden Willens als die Ermittlung der größeren Stärke eines Individuums an Dynamometer die Rechtfertigung eines, kraft dieser Ueberlegenheit an einem Schwächeren verübten Todeschlags. Der Mensch soll, ja kann gar nicht abstractes Wirtschaftssubject sein, und die rein wirtschaftliche Wirtschaft ist ein eben solches Phantom, wie der rein politische, nach physischen Existenzbedingungen nicht fragende Idealstaat. Die Volkswirtschaftslehre oder, hier richtiger, die daraus abstrahierte Klugheitslehre beansprucht auch gar nicht, die ganze Norm der menschlichen Existenz zu sein. Nur ein unentbehrlicher Theil davon ist sie, wie die politische, juristische, militärische u. im ökonomischen, die pädagogische, hygienische u. im Privatalleben.

Hildebrand will nun freilich von einer Volkswirtschaftspolitik neben der Nationalökonomie Nichts wissen, denn „herrschen ökonomische Naturgesetze, dann kann der Staat dieselben nicht corrigiren wollen.“ Freilich nicht, aber wohl unter Umständen die Wirkung des einen durch...

es rügt, die sächsische Erklärung spreche „so kurzweg“ sich über den Kern der bayerischen Vorschläge aus, „noch ehe sie gemacht wurden“. Nun ist zwar auch diese Behauptung der „Wiener Zeitung“ gleich der von der laizistischen und unentschiedenen Haltung völlig aus der Luft gegriffen. Denn die sächsische Regierung hat sich weder über den Kern, noch überhaupt über den Charakter der am 5. Juni nur in Aussicht gestandenen bayerischen Vorschläge geäußert. Daß aber der Inhalt der seitdem bekannt gewordenen bayerischen Vorschläge vom 18. Juni keineswegs geeignet gewesen ist, die sächsische Regierung ihre im Voraus „so kurzweg absprechende“ Erklärung bereuen zu lassen, mag allerdings zugegeben werden. Das Programm eines erneuten Zollvereins neben Österreich und Preußen, mit Inaussichtnahme zweier Zollgruppen, ist ein solches, dessen praktische Durchführung mit nicht ganz unerheblichen Schwierigkeiten verbunden sein dürfte, und die sächsische Regierung hätte in Berücksichtigung der speziellen Verhältnisse ihres Landes besorgen müssen, durch ihre Betheiligung bei den bezüglichen Verhandlungen diese Schwierigkeiten nur zu vermehren; ihre Entschlossenheit verdient daher eher den Dank, als die Anfeindung der bei der Sache betheiligten Regierungen. Dagegen hätte man hier eben so wenig zu verstanden, daß für einige der Zollvereinsstaaten die Möglichkeit einer sofortigen Vereinigung mit Österreich gegeben sei, und daß eine solche Eventualität eine bei Weitem greifbarere praktische Grundlage haben könnte. Da nun aber Sachsen nicht in der Lage ist, eben diese Eventualität für sich in Aussicht zu nehmen, so wird die „Wiener Zeitung“ begreifen, daß es besser war, sich „kurzweg“ hierüber auszusprechen, als sich durch eine Unterlassung dieser Erklärung in den Vorwurf einer „laizistischen und unentschiedenen Haltung“ zu bringen.

Glücklicherweise ist man noch nicht bei der zwölften Stunde angelangt. Noch liegen zwei volle Jahre bis zum Ablauf der Zollvereinsperiode inne, und sind wir gut unterrichtet, so dürfte schon die nächste Zeit Anzeichen bringen, daß der Annäherung und Verständigung neue Wege sich öffnen. Die „Wiener Zeitung“ aber, welche sich, wie es scheint, so eingehend mit der „Geschichte der Entstehung des Zollvereins“ beschäftigt, wird dabei Gelegenheit finden, sich zu erinnern, welchen entscheidenden Ausschlag damals Großherzogtum Hessen gab und wie leicht ihre Blicke jetzt etwas von Dresden hinwegwenden. Inzwischen möchten wir derselben eine Betrachtung nahe legen.

Wenn ihr Gedächtniß sie nicht gänzlich verläßt, wird sie sich erinnern, daß die sächsische Regierung in officiellen Schriften und durch ihre Organe in der Presse die Sache Österreichs mehr als einmal mit Eifer und Hingebung in Zeiten vertreten und verfolgt hat, wo diese Aufgabe wahrlich nicht zu den leichtesten und dankbarsten gehörte. Die sächsische Regierung konnte es frohen Muthes thun, weil sie es im Bewußtsein ihrer Unabhängigkeit that. Diese Unabhängigkeit der Ueberzeugung und des Handelns wird sie auch ferner sich zu erhalten bestrebt sein, sie wird sich aber stets davon Redenshaft geben, daß eben diese Unabhängigkeit lebendig ist durch die Gemüthsheit, die Interessen und die Wohlfahrt ihres Landes nicht zu gefährden und daß, von dem Augenblicke an, wo sie dieses Ziel aus den Augen verlieren würde, ihre Handlungen der Verwirrung der Abhängigkeit treffen müßte. Die „Wiener Zeitung“ hat diese Haltung der sächsischen Regierung anerkennen gewagt, als sie nach an derer Seite hin behauptet wurde, möge sie billig genug sein, ihr auch da Gerechtigkeit widerfahren zu lassen, wo sie einmal ihren Wünschen nicht entgegenkommt.

Tagesgeschichte.

Dresden, 14. Juli. Nach den von den sämtlichen Untergerichten, einschließlich der Kreisgerichte und der in den Schönburg'schen Reichsherrschaften jetzt noch bestehenden Justizämter, Municipal- und Patrimonialgerichte, an das Justizministerium erstatteten Anzeigen über die nach den Bestimmungen des Gesetzes, die gültige und...

die eines andern paralysiren und verhärteten. Von der Heilkunde ganz zu schweigen, läßt sich unsere gesammte Technik in Naturgeetze und Naturproceß der Aufmerksamkeit und des Menschenkörpers aufklären. Der Vergleich des durch sie Geschaffenen mit dem Naturzustande ist ihre beste Beleg dazu, wie man nicht Naturgeetze, aber ihre Wirkung corrigirt, nämlich durch andere Naturgesetze.

Ob und in welchem Maße der Staat die wirtschaftlichen Naturgesetze in ähnlicher Weise zu dirigiren suchen müsse, soll daraus so wenig gefolgert werden, als aus der technischen Verwendbarkeit der Naturgesetze, daß diese durch Staatsbedürfnisse vermindert werden müsse. Die Möglichkeit der Staatseingriffe zu behaupten, ist eine notwendige Consequenz, wenn man von der Möglichkeit menschlicher Einwirkung auf die Wirtschaft, d. h. von der Möglichkeit einer Wirtschaft überhaup, reden will. Wenn die Schule der abstrakten „laissez faire, laissez passer“ — die übrigens nicht consequent ist, indem sie für die wirtschaftlichen Operationen doch den Staats-Schutz, und wäre es auch nur gegen gewaltsame Störung, verlangt — die Staatseingriffe in den Gang der Wirtschaft überhaup(?) verweigert, so thut sie dies in der allerdings optimistischen Voraussetzung des Gleichgewichts der intellectuellen und wirtschaftlichen Kräfte und Triebfedern der Einzelnen. Diese Voraussetzung übersteht Hildebrand, indem er sagt: wenn jede wirtschaftliche Thätigkeit des Einzelnen durch Naturgesetze begründet ist, so dürfte man auch gegen irgendwelche Staatseingriffe, die ja dann auch naturgesetzlich sein müßte, Nichts einwenden.

Ebenso verunglückt ist der Versuch, die Begrenzung historisch durch Verweisung auf das altösterreichische Reich widerlegen zu wollen, daß trotz der größten wirtschaftlichen...